Sitzungsvorlage

Datum: 21.11.2022
Drucksache Nr.: **22/0564**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Rat	08.12.2022	öffentlich / Entscheidung

Betreff

**Einleitung eines Vergabeverfahrens für Ingenieurleistungen Erschließung
Bebauungsplangebiet Nr. 112 Wissenschafts- und Gründerpark**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, die Einleitung eines Vergabeverfahrens für Ingenieurleistungen zur Erschließung des Bebauungsplangebiets Nr. 112 Wissenschafts- und Gründerpark mit dem geschätzten Kostenrahmen von 210.000 EUR netto.

Der Beschluss erfolgt nach § 14 Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Sankt Augustin auf Grundlage des Rückholrechts der an den Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss übertragenen Aufgaben, wegen der in dem vorgetragenen Fall begründeten Dringlichkeit gem. § 60 Abs. 3 GO NRW.

Sachverhalt / Begründung:

Die Verwaltung erarbeitet die städtebauliche Entwicklung des Bebauungsplans Nr. 112 Wissenschafts- und Gründerpark. Für die Entwässerungsplanung des Baugebietes liegen derzeit noch zwei Varianten vor. Es ist davon auszugehen, dass der Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung in seiner Sitzung am 29.11.2022 den Beschluss gefasst hat, mit welcher Entwässerungsvariante das Bebauungsplanverfahren weitergeführt werden soll. Damit würden auch die Grundlagen für die notwendige Erschließungsplanung des Gebietes feststehen.

Durch den bereits abgeschlossenen Kaufvertrag mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. und den darin vereinbarten Fristen muss die Erschließung des Gebietes bis Mitte des nächsten Jahres erfolgt sein. Somit müssen die Ingenieurleistungen für die Erschließungsplanung umgehend beauftragt werden.

Geplant ist, die Straßen- und Entwässerungsplanung an ein und dasselbe Ingenieurbüro zu

vergeben. Grund dafür ist, dass in dem Bebauungsgebiet neben den klassischen Entwässerungslösungen auch oberflächen- und naturnahe Entwässerungssysteme wie Mulden-Rigolen-Systeme, Grabensysteme mit Einleitung in Sickermulden im zentralen Grünbereich, oberflächige Ableitung im Straßenbereich bis hin zur Integration von Wasserflächen realisiert werden sollen. Somit besteht ein enger Zusammenhang im Bereich beider Erschließungsplanungen, der durch die Vergabe an ein Büro organisatorische, qualitative und monetäre Vorteile beinhalten kann.

Für die Vergabe der freiberuflichen Planungsleistungen wird eine EU weite Ausschreibung eingeleitet, da die bereits angefallenen Planungskosten für das Bebauungsplanverfahren hier einzurechnen sind, so dass insgesamt der EU-Schwellenwert von 215.000 EUR netto überschritten wird.

Im Vergabeverfahren, das noch dieses Jahr eröffnet werden soll, werden die Leistungsphasen 1 – 9 angefragt. Diese Leistungsphasen sollen stufenweise beauftragt werden. Es ist geplant, dass die Beauftragung der Leistungsphasen 1 – 4 zeitnah erfolgen soll.

Die Mittel stehen hierfür in ausreichender Höhe im laufenden Haushalt zur Verfügung.

Eine Auftragsvergabe setzt die Eignung der Bieter voraus. Diese Eignung wird aufgrund geforderter Nachweise geprüft. Die Auswahl der Nachweise und die Prüfung dieser beinhaltet, ob der Bieter die zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Fachkenntnisse, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit besitzt. Weiter wird geprüft, ob der Bieter über die wirtschaftlichen und technisch notwendigen Mittel verfügt.

In Vertretung

Rainer Gleß
Technischer Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffern sich auf 249.900 EUR brutto

- Mittel stehen hierfür unter der Investitionsnummer 07-00449 und 07-00452 im Teilfinanzplan 11-02-01 und 12-01-01 zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen.
Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

- Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.
 Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.

be